
„Nicht Erdbeben töten, sondern die Fehler der politischen Führung!“

INFORMATIONSDOSSIER
Februar 2023

„Nicht Erdbeben töten, sondern die Fehler der politischen Führung!“

Informationsdossier zum Erdbeben in der Türkei und Nordkurdistan,
sowie die politischen & humanitären Dimensionen

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

Februar 2023

Am Montag den 6. Februar ereignete sich in den kurdischen Siedlungsgebieten, sowie in weiteren türkischen und syrischen Regionen um 04:17 Uhr ein Erdbeben der Stärke 7,8 auf der Richterskala. Wenige Stunden später folgte ein zweite schweres Erdbeben der Stärke 7,5. Aufgrund seiner Stärke und der von ihnen verursachten Schäden gehören die beiden Erdbeben zu den schwerwiegendsten der letzten hundert Jahren.

Nach offiziellen Angaben haben 47.000 Menschen ihr Leben gelassen, davon mehr als 41.000 Menschen in der Türkei (Stand: 21. Februar 2023)¹. Die Opposition in der Türkei schätzt, dass die Dunkelziffer der durch das Erdbeben Getöteten sogar bei bis zu 280.000 angesetzt werden kann², was bei einer Anzahl von 105.000 vollständig oder teilweise zerstörten Gebäuden – so der türkische Vizepräsident³ – durchaus möglich scheint. Insgesamt sollen 1,2 Millionen Menschen bisher die betroffenen Regionen in der Türkei bereits verlassen haben.⁴



Trümmer in Semsur / Bildquelle ANF

Im vom Bürgerkrieg gebeutelten Land Syrien sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen bis zu 5,3 Millionen Menschen durch die Erdbeben obdachlos geworden⁵ und bis zu 8,8 Millionen Menschen von den Folgen der Erdbebenkatastrophe betroffen. „Die Mehrheit von ihnen benötigt voraussichtlich irgendeine Form von humanitärer

1 <https://www.welt.de/vermishtes/katastrophen/article243873619/Neue-Erdbeben-in-Tuerkei-und-Syrien-Wieder-Tote-und-Verletzte-bei-starken-Beben.html>

2 <https://www.fr.de/politik/tote-news-tuerkei-erdbeben-erdogan-katastrophe-vorwurfe-architekten-schuld-akp-tausende-92098353.html>

3 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/erdbeben-syrien-tuerkei-109.html>

4 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/erdbeben-syrien-tuerkei-109.html>

5 <https://www.dw.com/de/rettungsphase-nach-erdbeben-bald-vorbei/a-64693174>

Unterstützung“, schrieb die stellvertretende UN-Syrienbeauftragte Najat Rochdi am Sonntag den 19. Februar auf Twitter.⁶

Und die Erde bebt weiterhin. Seit dem ersten großen Beben kam es nach Angaben des türkischen Katastrophenschutzes (AFAD) bis zum 20. Februar bereits mehr als 6.000 Nachbeben. Am 20. Februar kam es zudem zu zwei sehr starken Beben der Stärke 6,4 und 5,8. Nachdem sich das Epizentrum am 06. Februar in der kurdischen Provinz Gurgum (tr. Kahramanmaraş) befand, traf es nun am 20. Februar in erster Linie die Provinz Hatay, die ebenfalls bereits in Trümmern lag. Erneut gab es mehrere Tote und knapp 300 Verletzten in der Türkei, sowie 130 Verletzten in Syrien.⁷

Viele der Menschen, deren Wohnungen und Häuser zerstört wurden, leben seither in Zeltlagern. Die Lage in diesen improvisierten Camps ist zumeist schlecht. Vor allem in den kurdischen Siedlungsgebieten verbringen noch immer viele Menschen trotz der Kälte des Winters die Nächte draußen und schlafen an offenen Feuern. Da vielerorts auch die kritische Infrastruktur zerstört ist, wird Müll zu einem immer größeren Problem und sauberes Wasser, sowie Sanitäreinrichtungen zu einem knappen Gut. Die Suche nach Überlebenden wurde von staatlicher Seite in der Zwischenzeit weitestgehend eingestellt.⁸

Während der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Todesursache von Zehntausenden als „Schicksal“ bezeichnet⁹, finden mittlerweile immer mehr Menschen eine klare Sprache und erklären die türkische Regierung für verantwortlich: „Nicht Beben töten, sondern Häuser!“ ist zu einem geflügelten Satz geworden, der die umfangreiche Kritik am AKP-MHP-Regime zum Ausdruck bringt. Im Folgenden werden wir ein Licht auf die Situation in der Türkei seit Beginn des Erdbebens werfen und die Kritiken am Vorgehen des türkischen Staates zusammenfassen. Auch das Handeln demokratischer Kräfte von vor Ort, sowie die Aktivitäten der zentralen Akteur*innen kurdischer Politik werden wir beleuchten.

Der Skandal um den „Bausektor-Boom“ in der Türkei

Nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei im Jahre 1999 hatte das türkische Parlament mehrere Gesetze verabschiedet, um gefährdete Gebiete für die Zukunft besser abzusichern. Doch das Problem ist offensichtlich nicht der Mangel an Gesetzen, sondern ihre fehlende Umsetzung. Auch der Verbleib von knapp 88 Mrd. Türkische Lira, nach heutigem Währungskurs 4,67 Milliarden US-Dollar, die durch die sog. Erdbebensteuer in der Türkei eingenommen wurden, wird gegenwärtig immer lauter hinterfragt.¹⁰ Der Verdacht, dass diese Mittel in die Taschen der Profiteur*innen eines korrupten Systems geflossen sind, ist naheliegend. An dieser Stelle sei an einen der größten türkischen Korruptionsskandale vom Dezember 2013 erinnert. Dabei wurde die enge Verbindung von Erdogan, damals noch Ministerpräsident, mit Unternehmer*innen, unter anderem aus der Baubranche, bekannt. Über 30 Geschäftsleute aus dem Umfeld der Regierungspartei AKP

6 <https://unric.org/de/erdbebensyrien20022023/>

7 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/erdbeben-tuerkei-179.html>

8 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/erdbeben-syrien-tuerkei-109.html>

9 <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/technik/erdbeben-sicheres-bauen-ist-moeglich-und-muss-nicht-viel-kosten-18690483.html>

10 <https://www.fr.de/politik/vetternwirtschaft-katastrophe-news-erdbeben-tuerkei-recep-tayyip-erdogan-steuer-zweckentfremdet-betrug-92073382.html>

wurden kurz darauf wegen Korruptionsvorwürfen festgenommen. Während den Razzien hatte Erdogan seinem Sohn Bilal Anweisungen erteilt, 30 Millionen Euro Bargeld aus ihrem Haus verschwinden zu lassen.¹¹ Alle festgenommenen Geschäftsleute wurden nach wenigen Wochen wieder in die Freiheit entlassen. Die zuständigen Staatsanwält*innen hingegen wurden zunächst von dem Fall abgezogen, später entlassen und viele von ihnen verhaftet. Erdogan bezeichnete die Korruptionsermittlungen als einen „Putschversuch“ gegen seine Person. Zehntausende Polizist*innen und andere Beamt*innen wurden in den folgenden Jahren aus dem Staatsdienst entlassen.



Bild der Zerstörung in Elbistan / Bildquelle ANF

Auch in den letzten Jahren hat sich an den korrupten Verhältnissen im Land wenig geändert. Besonders im Bausektor sind Schmiergelder und Vetternwirtschaft gängig. Auf den Baustellen wurden über Jahre hinweg auf inflexiblen und kostengünstiger Stahlbeton sowie viel zu dünne Stahlträger gesetzt. Auch „die Wohngebiete wurden falsch ausgesucht. Es wurden Gebiete ausgesucht, deren Grund flüssig ist, es wurden Moorgebiete ausgesucht“, so Tezcan Karakuş Candan von der Architekt*innenkammer Ankara.¹²

Im Jahr 2019 erließ Präsident Recep Tayyip Erdogan dann eine Amnestie für fehlerhafte Bauwerke und erklärte im Wahlkampf, man habe mit dem ‚Baufrieden‘ die Probleme von 144.556 Bürger*innen in Kahramanmaraş und 205.000 Bürger*innen in Hatay gelöst.“¹³ Auch danach wurden viele Neubauten oft gar nicht durch Begutachtungen vor Ort,

11 <https://www.fr.de/politik/vetternwirtschaft-katastrophe-news-erdbeben-tuerkei-recep-tayyip-erdogan-steuer-zweckentfremdet-betrug-92073382.html>

12 <https://www.fr.de/politik/tote-news-tuerkei-erdbeben-erdogan-katastrophe-vorwuerfe-architekten-schuld-akp-tausende-92098353.html>

13 <https://www.fr.de/politik/gegen-schwarzbauten-erdbeben-in-der-tuerkei-erzins-buergermeister-im-kampf-92088951.html>

sondern anhand von Fotos abgenommen. Wie folgenschwer diese Aussage ist, sehen wir heute zwei Wochen nach dem Erdbeben eindrücklich. Die Risiken waren bekannt und die Warnungen von Geolog*innen sowie Expert*innen mehrten sich insbesondere in den letzten Wochen. Als Folge dessen wurden die ersten Bauunternehmer*innen bereits verhaftet. Verhaftungen von Mitarbeiter*innen der Bauaufsichtsbehörden hat es jedoch nicht gegeben. Auch ist bislang noch kein*e Minister*in oder Funktionär*in der AKP-Regierung zurückgetreten. Aktuell sieht es auch nicht so aus, als ob solche Konsequenzen zeitnah gezogen werden.

Auf die Frage danach, ob nicht das Erdbeben an sich, aber die hohe Zahl an Toten und Verwundeten hätten verhindert werden können, fand der Bürgermeister der Stadt Erzin, Ökkeş Elmasoğlu, eine klare Antwort: „Die Bauaufsicht in der Türkei funktioniert nicht. Wenn vorschriftsmäßig gebaut wird, stürzt ein Haus nicht so schnell ein.“ Vor den Wahlen hat man in der Türkei Bauherren, die sich eigentlich strafbar gemacht haben, bisweilen Straffreiheit gewährt.¹⁴

Doch die Frage ist weniger, was hätte sein können, sondern was sein wird. Die Tatsache, dass bisher keine politischen Konsequenzen aus diesem Versagen gezogen wurden und Erdogan nun das unrealistische Versprechen macht, binnen eines Jahres die Städte wieder aufzubauen, deutet auf keine Läuterung an der Staatsspitze an.¹⁵

Späte Hilfe und gezieltes Vorgehen gegen nichtstaatliche Hilfe

Eine weitere Tatsache, welche zur großen Zahl der Todesopfer mitbeigetragen hat, ist die rassistische Politik der türkischen Regierung. Während in türkischen Provinzen unmittelbar, und dennoch unzureichend, staatliche Notleistungen organisiert wurden, fehlte diese in den kurdischen Provinzen in den ersten Tagen. In manchen kurdischen, alevitischen und arabischen Dörfern dauerte es über vier Tage, bis sich der staatliche Katastrophenschutz zum ersten Mal zeigte.¹⁶ Die meisten Menschen hatten ihr Leben aufgrund der eisigen Kälte verloren, oder waren unter den Trümmern verdurstet. Die Regierung berief sich auf die Ausrede, dass sie zu wenige Kräfte zur Verfügung gehabt habe. Die schiere Zahl an türkischen Soldat*innen, die sich insbesondere in kurdischen Gebieten konzentriert, sowie die staatlichen Kräfte, die aktiv Hilfe behindert haben, deuten jedoch ein anderes Bild. So wurden diese Kräfte statt zur Rettung der Menschen zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes eingesetzt. Etliche Helfer*innen berichteten von Festnahmen der Menschen, die freiwillig gekommen waren, um Unterstützung zu leisten.¹⁷ Die Behörden seien an vielen Stellen lediglich gekommen, um Bilder der Geschehnisse zu machen und seien dann wieder verschwunden.¹⁸

Die gezielte Diffamierung der Opposition sowie die Behinderung ihrer Arbeit wurden ebenfalls mehrfach dokumentiert. So ist beispielsweise das Krisenkoordinationszentrum der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in Markaz (tr. Pazarcik) von Soldaten besetzt

14 <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-erdbeben-baubranche-erzin-1.5749481?reduced=true>

15 <https://www.fr.de/politik/tote-news-tuerkei-erdbeben-erdogan-katastrophe-vorwurfe-architekten-schuld-akp-tausende-92098353.html>

16 <https://anfdeutsch.com/aktuelles/unter-trummern-erfroren-36311>

17 <https://anfdeutsch.com/aktuelles/solidaritat-mit-der-zivilgesellschaft-statt-unterstuetzung-fur-diktatorische-regime-36295>

18 <https://anfdeutsch.com/kurdistan/elbistan-staat-verhindert-zivile-rettungsversuche-36324>

und unter Zwangsverwaltung gestellt. LKWs mit Sachhilfen aus Städten, die von oppositionellen Parteien geführt werden, wurden mit Bannern der türkischen Katastrophenschutzbehörde AFAD versehen.¹⁹ Die Region um Elbistan wurde ebenfalls komplett vom Militär abgeriegelt. Selbst Hilfsorganisationen kommen nur mit Mühe in die Region. Der rechtspolitische Sprecher der HDP, Serhat Eren, kritisiert insbesondere das Verhalten der Zwangsverwaltungen in den mehrheitlich kurdischen Städten, die nach der Absetzung der rechtmäßigen Bürgermeister*innen ab dem Jahr 2015 eingesetzt wurden. In diesen Städten wurde über die Jahre systematisch Personal abgebaut. Die zwangsverwalteten Gemeinden konnten auch deshalb praktisch keine Unterstützung für die Katastrophengebiete leisten. „Wären keine Zwangsverwalter ernannt worden, wären Tausende von Angestellten der Gemeinden und Städte vom ersten Tag an vor Ort gewesen, Hunderte von Baumaschinen wären in die Regionen gebracht worden und hätten bei der Rettung und Bergung von Menschen unter den Trümmern mitgewirkt“, erläutert Eren.²⁰



Pressekonferenz eines der Krisenstäbe / Bildquelle ANF

Nachrichtensperre und Ausnahmezustand

Kurze Zeit nach dem Erdbeben hat die türkische Regierung einen Ausnahmezustand von vorerst drei Monaten über die betroffenen Gebiete verhängt. Das hat weitreichende Konsequenzen für die gesamte Region. Neben dem möglichen Einfluss auf die anstehenden Parlamentswahlen, welchen wir ebenfalls unten analysieren werden, instrumentalisiert Erdogan die ausgeweitete Macht, um über die weitestgehend gleichgeschaltete Medienlandschaft in der Türkei hinaus die Deutungshoheit zu behalten. Kritische Worte über unzureichende Nothilfe des Staates sollen auf diese Weise zum

¹⁹ <https://www.dw.com/de/erdbeben-in-der-t%C3%BCrkei-verschiebt-erdogan-die-wahlen/a-64728183>

²⁰ <https://anfdeutsch.com/aktuelles/akp-mhp-regierung-sabotiert-zivile-hilfe-36336>

Verstummen gebracht werden, damit sich der türkische Staat als großer Retter inszenieren kann.

Zwei Tage nach dem ersten Beben wurden der Journalist Mahmut Altıntaş, der für die Nachrichtenagentur „Mesopotamia Agency“ (MA) arbeitet, sowie die Journalistin Sema Caglak von der kurdischen Frauennachrichtenagentur JinNews festgenommen. Beiden wird vorgeworfen, den kritischen Stimmen aus dem Erdbebengebiet zu viel Platz eingeräumt zu haben.²¹ Weitere Journalist*innen wurden etwa auf Twitter Opfer von Einschüchterungskampagnen – unter anderem durch türkische Politiker*innen. Dass der Kurznachrichtendienst zeitweise eingeschränkt wurde, hatte vor allem für die vom Erdbeben betroffenen Menschen fatale Auswirkungen. Viele versuchten nämlich über dieses Medium ihre Hilferufe an die Öffentlichkeit zu richten. Auch internationale Berichtersteller*innen blieben von den Repressionsmaßnahmen nicht verschont. So ist mindestens ein Fall bekannt, bei dem einem Reporter der französischen Wochenzeitung „Le Point“ die Einreise verwehrt wurde.²² In dutzenden Fällen wurden Personen wegen Beiträgen in den Sozialen Medien festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, sie würden „Angst und Panik unter der Bevölkerung zu verbreiten“. Darüber hinaus sind auch drei freiwillige Helfer aus Griechenland verhaftet worden. Sie hatten sich bereits seit vier Tagen an den Such- und Bergungsarbeiten beteiligt, als sie festgenommen wurden. Der Grund für die Verhaftung war ihre politische Haltung – sie sind bekennende Kommunisten.



Die drei später inhaftierten kommunistischen Griechen / Bildquelle ANF

21 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tuerkische-regierung-unterdrueckt-kritische-presse-zu-erdbeben-18692853.html>

22 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tuerkische-regierung-unterdrueckt-kritische-presse-zu-erdbeben-18692853.html>

Vermeintliche Plünderungen und Situation von syrischen Geflüchteten

Politiker*innen der AKP haben sehr schnell versucht, einen Sündenbock für die angestaute Wut der Menschen zu finden. Wie so oft, traf es eine der vulnerabelsten Gruppen im Land, nämlich die syrischen Geflüchteten. In den sozialen Medien wurden zum Teil alte oder inszenierte Videos von vermeintlichen Syrer*innen verbreitet, die angeblich plündernd durch die Straßen ziehen. Ein Sprecher der AKP rief daraufhin die Bevölkerung auf, „keine Gnade“ gegenüber diesen Menschen zu zeigen und provozierte dadurch Selbstjustiz und öffentliche Gewalt. Im Namen des Menschenrechtsvereins IHD warnte ein Verantwortlicher vor einer möglichen Gewaltanfälligkeit der Gesellschaft: „Wir haben keine eindeutigen Informationen, aber wir haben gehört, dass Menschen, die in ihre Häuser gehen und etwas suchen, als Diebe verprügelt werden. Die Menschen sind in einer sehr schlechten Situation und in einer zerstörten psychischen Verfassung. Maraş gibt es nicht mehr. Es gibt einen großen Schmerz in der Bevölkerung. Ihre Häuser wurden zerstört, sie haben ihre Angehörigen verloren. Diese Situation macht sie anfällig für Provokationen.“²³ Nach dem Aufruf des AKP-Politikers tauchten in den sozialen Medien dieses Mal Bilder auf, die zeigen, wie Strafverfolgungsbeamte und Zivilist*innen Menschen in der Öffentlichkeit foltern, die angeblich Straftaten wie Diebstahl oder Plünderung begangen haben sollen.²⁴ Auch die Angst vor weiteren Lynchattacken sorgte dafür, dass zahlreiche syrische Familien aus den Erdbebengebieten in ihr Heimatland zurückkehrten. Der Krieg und die Perspektivlosigkeit, die sie dort erwartet ist vermutlich für viele leichter zu ertragen, als die Anfeindungen, die sie aktuell in der Türkei erleben. „Die Türken haben zu uns gesagt: Geht doch nach Hause, wir haben doch selbst nichts mehr“, erklärte eine Frau auf die Frage, warum sie nach Syrien zurückwolle.²⁵

Krieg in Zeiten des Erdbebens

Nur wenige Stunden nach dem Beben bombardierte das türkische Militär wieder Gebiete der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien, die ebenfalls vom Erdbeben betroffen sind, und von Kurd*innen sowie weiteren Volksgruppen bewohnt und verwaltet werden.²⁶ Mehrere Berichte von Drohnenschlägen, sowie auch getöteten Zivilist*innen²⁷ in dem von Erdbeben betroffenen Gebieten machen deutlich, dass der türkische Staat trotz der humanitären Katastrophe vehement am Krieg festhält.

Eine wichtige – dem Vorgehen der türkischen Regierung konträr entgegenstehende – Entscheidung die in den letzten Tagen getroffen wurde, kam von den bewaffneten Kräften der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Diese verkündeten am 09. Februar, dass sie ihre Kräfte zu einem einseitigen Waffenstillstand in Nordkurdistan und in der Türkei aufriefen.²⁸ In der entsprechenden Erklärung heißt es unter anderem: „Das verheerende Erdbeben vom Montag [...] stellt eine große Katastrophe dar. Es hat große Schäden verursacht, unser Volk hat viele Opfer zu beklagen. Zehntausende Menschen aus der kurdischen, türkischen

23 <https://anfdeutsch.com/aktuelles/gewalt-durch-polizei-und-lynchmobs-im-erdbebengebiet-36280>

24 <https://anfdeutsch.com/aktuelles/hdp-stellt-anzeige-wegen-gewalt-im-erdbebengebiet-36292>

25 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/welt/2178574-Geht-doch-nach-Hause.html>

26 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/erdbeben-in-der-tuerkei-und-syrien-es-ist-ein-verbrechen-18685829.html>

27 <https://anfdeutsch.com/rojawa-syrien/zivilist-bei-angriff-auf-nordsyrisches-erdbebengebiet-getotet-36328>

28 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/erdbeben-in-syrien-und-der-turkei-einsatzkraefte-melden-insgesamt-22000-todesopfer-9315890.html>

und arabischen Bevölkerung haben ihr Leben verloren[.]. Wir teilen den Schmerz unserer Völker zutiefst. Wir wünschen den Toten, dass sie Ruhe finden, und sprechen ihren Familien und Angehörigen unser Mitgefühl aus. Den Verletzten wünschen wir eine rasche Genesung. [...] Deshalb sollten alle Angehörigen unserer Verteidigungskräfte sowie patriotische Institutionen dem Volk zur Hilfe eilen und Hilfe mobilisieren. Vor allem die ländlichen Gebiete und Dörfer, die ohnehin vernachlässigt werden und auch jetzt von jeglicher Hilfe abgeschnitten sind, müssen dringend unterstützt werden. Dies ist zweifellos die wichtigste humanitäre und patriotische Aufgabe in dieser Zeit.“²⁹

Der vorerst aufgrund der humanitären Lage ausgerufene einseitige Waffenstillstand, könnte über das Erdbeben hinaus auch eine Chance der Annäherung zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage darstellen. Er könnte die Wiederaufnahme der Friedensgespräche und der Beginn eines Demokratisierungsprozess in der Türkei darstellen – vorausgesetzt die türkische Regierung kann dazu bewegt werden, diese Möglichkeit wahrzunehmen. Bisher macht die türkische Regierung allerdings keinerlei Anstalten in diese Richtung und setzt ihren Kriegskurs trotz der schrecklichen Folgen des Erdbebens weiter fort.

Anstehende Parlamentswahlen in der Türkei

Die große Frage, die jetzt im Raum steht, ist die nach den Parlamentswahlen zum hundertjährigen Jubiläum der türkischen Republik. Laut türkischer Verfassung müsste der Urnengang spätestens am 18. Juni stattfinden. Vor dem Erdbeben sprach der türkische Präsident gar davon, den Wahltermin auf den 14. Mai anzusetzen.³⁰ Doch die Meinungsumfragen für die regierende AKP und ihrem informellen Koalitionspartner MHP sind durch die Krisen im Land mittlerweile so tief, dass keine Mehrheit mehr für sie prognostiziert werden kann. Allerdings deuten auch die steigenden Umfragewerte für das von der CHP geführte Oppositionsbündnis aktuell keine absolute Mehrheit an. Letztlich zeichnet sich bereits seit Monaten ab, dass die HDP mit ihren Umfragewerten um die 10%³¹ die Rolle des Königmachers spielen wird.

Die Folgen des Erdbebens deuten könnten einen weiteren Stimmverlust für die türkische Regierungspartei bewirken. Deswegen werden aktuell Stimmen aus den Reihen der AKP laut, die für eine Verschiebung der Wahlen eintreten. Einer der ersten, der diese Idee in den Raum stellte, war der ehemalige Vizepremier Bülent Arinc, ein langjähriger Weggefährte des türkischen Präsidenten.³² Seinem Beispiel folgten mittlerweile viele Funktionäre aus dem Regierungsblock. Die könnte von einer Wahlverschiebung möglicherweise profitieren. Doch laut türkischer Verfassung ist eine solche Verschiebung nur im Kriegsfall möglich. Der jetzt ausgerufene Ausnahmezustand reicht dafür jedenfalls nicht aus. Wie es mit den Wahlen weitergeht, ist unklar. Ob sie verschoben werden und ob sich dann Erdogan trotz allem zur Wahl stellen wird, wird somit die nahe Zukunft zeigen.

29 <https://anfdeutsch.com/kurdistan/volksverteidigungskraefte-unterstutzen-aufruf-zur-waffenruhe-36261>

30 <https://www.dw.com/de/erdbeben-in-der-t%C3%BCrkei-verschiebt-erdogan-die-wahlen/a-64728183>

31 www.fr.de/politik/tuerkei-wahl-2023-umfragen-aktuell-erdogan-akp-chp-hdp-92060322.html

32 <https://www.dw.com/de/erdbeben-in-der-t%C3%BCrkei-verschiebt-erdogan-die-wahlen/a-64728183>

Lokale Rettungsinitiativen retten Menschenleben

Bereits kurz nach dem Erbeben begann eine Koordinierung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die an vielen Orten Krisenstäbe aufbaute. Meist unter Beteiligung von Menschenrechtsorganisationen (wie dem IHD), von Gewerkschaften (bspw. KESK) und verschiedenen linksgerichteten, sowie ökologischen Gruppen, wurden sie angeführt von Mitgliedern bzw. Strukturen der Demokratischen Partei der Völker (HDP). Die HDP hatte schon am 08. Februar bekannt gegeben, dass sie jegliche Parteiaktivitäten einstellt, um alle verfügbare Ressourcen in die Such- und Bergungsaktionen zu investieren. Die Partei hat zudem große erfolgreiche Kampagnen gestartet, um Freiwillige für die Hilfstätigkeiten im zu organisieren. Den Aufrufen folgten etliche Menschen, viele auch aus dem internationalen Kontext. Damit zusammenhängend betonte die Parteispitze mehrfach, dass es eben jene internationale Solidarität, jener Zusammenhalt der verschiedenen Völker sei, der den Menschen die Hoffnung gab weiter zu machen.



Selbsthilfe in einem der Camps / Bildquelle ANF

Die Hilfe die bisher beispielsweise über die kurdische und alevitische Diaspora organisiert wurde ist enorm und Hilfsorganisationen wie der Kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurdistan) arbeiten ununterbrochen, um den Menschen eine direkte Hilfe zu ermöglichen. Nachdem sich schnell zeigte, dass Sachspenden wenig hilfreich sind, da der Transport zu teuer und zu aufwendig sei, fokussierten sich viele Strukturen auf finanzielle Spenden. Neben den sowieso gegebenen Hindernissen mit denen viele Hilfsorganisationen aufgrund des Agierens des türkischen Staates konfrontiert sind, ist es vor allem eine Herausforderung dafür zu sorgen, dass die Hilfe die Menschen wirklich erreicht. Denn der

türkische Staat versucht die Kontrolle über alle Hilfen zu gewinnen und vernachlässigt dabei – wenig überraschend – vor allem die kurdisch bewohnten Gebiete.

Einige der nun zentralen Forderungen, die von lokalen Hilfsorganisationen und dem Krisenstab der HDP an die internationale Staatengemeinschaft gestellt werden, lauten wie folgt:

- Die EU, das Europäische Parlament, die Regierungen und die internationale Gemeinschaft sollten die türkische Regierung durch Entschließungen, Delegationen und diplomatische Noten dazu auffordern, allen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren die Teilnahme an humanitären Hilfsaktionen zu ermöglichen, ohne dass sie dabei politisch motiviert behindert werden.
- Die Mitgliedstaaten des Europäischen Rates sollten eine gemeinsame Krisen- und Wiederaufbaugruppe einrichten und unterstützen, um die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen zu koordinieren. Die Gruppe sollte staatliche, politische und zivilgesellschaftliche Akteure in der Türkei wie den Menschenrechtsverein (IHD), den türkischen Ärzteverband (TTB), Gewerkschaften wie KESK, DISK und Egitim-Sen sowie internationale Institutionen umfassen.
- Zuschüsse an den türkischen Staat im Zusammenhang mit der Krise sollten einer ständigen Kontrolle unterzogen werden, um Vetternwirtschaft, Veruntreuung und Missbrauch von Hilfsgeldern zu verhindern.
- Es sollte erleichtert werden, dass die von europäischen Wohltätigkeitsinitiativen oder kleineren Hilfsorganisationen organisierte Hilfe die Grenzen der Türkei überschreiten kann.
- Der ausgerufenen Ausnahmezustand ist unnötig und wird höchstwahrscheinlich dazu dienen, die Opposition im Land weiter zu schwächen. Die EU und die internationalen Organisationen sollten nachdrücklich darauf hinweisen, dass es nicht notwendig ist, den Ausnahmezustand und die damit einhergehende Rechtsstaatlichkeit auszurufen, und gleichzeitig darauf hinweisen, dass dieser schwierige Übergang durch alternative legislative Mechanismen bewältigt werden kann.
- Die Folgen dieses Erdbebens sind weitreichender Natur. Millionen von Menschen sind betroffen, nicht nur wegen des Erdbebens, sondern ganz allgemein, weil sich die türkische Gesellschaft in einer schweren Wirtschaftskrise befindet. Daher ist eine längerfristige Unterstützung erforderlich, um den Menschen beim Wiederaufbau ihrer Gemeinden und Häuser zu helfen. Die Planung einer längerfristigen Wiederaufbauhilfe für die Türkei sollte für die EU und die internationalen Institutionen nicht nur in der gegenwärtigen Krise, sondern auch in den kommenden Monaten und Jahren ein wichtiges Thema sein.

Spendenempfehlungen

Heyva Sor a Kurdistanê e. V.

Kreissparkasse Köln

Konto. Nr: 40 10 481

BLZ: 370 502 99

IBAN: DE49 3705 0299 0004 0104 81

BIC/SWIFT: COKSDE33XXX

Medico International e.V.

IBAN: DE69 4306 0967 1018 8350 02

BIC: GENODEM1GLS

